Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 2.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 163. **Mittwoch** den 30. März 1892. **86. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Ausschreibung.

Die nachverzeichneten Arbeiten am Erweiterungsbau der Turnhallen an der VI. Bürger- und VI. Bezirks-Schule:
a. **die Schieferdeckerarbeiten,**
b. „ **Klempnerarbeiten,**
c. „ **Maler- und Anstreicherarbeiten,**
sollen an je einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Arbeitsverzeichnisse für diese Arbeiten liegen in unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 7 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von je 0,50 ℳ für a. und b. und 1,00 ℳ für c., welche auch in Briefmarken eingesendet werden können, entnommen werden.

Den unberücksichtigt gebliebenen, aber rechtzeitig aufgetretenen Bewerbern wird diese Gebühr wieder zurückerstattet, wenn dieselbe innerhalb 8 Tagen nach Bekanntmachung der erfolgten Vergebung zurückverlangt wird.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
VI. Bürger- und VI. Bezirks-Schule — Schieferdeckerarbeiten, bez. Klempnerarbeiten, bez. Maler- und Anstreicherarbeiten
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum **5. April 1892** und **nicht wie in unserer Bekanntmachung vom 22. März 1892** zu lesen war, bis zum 29. März cr. Vormittags 10 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, bez. die Theilung der Arbeiten und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 28. März 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 1167. Dr. Trändlin. Lehle.

Bekanntmachung.

Die Ueberwölbung einer 110 m langen Strecke der **Eutritzscher** Rietzschke in der Nähe der Bleichertstraße zu Leipzig-Eutritzsch soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 23, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche auch in Briefmarken eingesendet werden können, entnommen werden.

Den unberücksichtigt gebliebenen, aber rechtzeitig aufgetretenen Bewerbern wird diese Gebühr wieder zurückerstattet, wenn dieselbe innerhalb 8 Tagen nach Bekanntmachung der erfolgten Vergebung zurückverlangt wird.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Ueberwölbung der Rietzschke in Leipzig-Eutritzsch"
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 5. April bis. Js. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 26. März 1892.
Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ic. 1349.

Bekanntmachung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Eckgebäude an der Markthalle — **Kurprinzstraße Nr. 14** — sind folgende Miethräume, als:
1) das an der Brüderstraße gelegene **Verkaufsgewölbe A** von 37,74 qm Flächengehalt mit einem Nebenraum von 17,80 qm und einem im Kellergeschoß unter dem Gewölbe befindlichen Lagerraum von 36,10 qm,
2) das an derselben Straße gelegene **Verkaufsgewölbe B** von 32,19 qm Flächeninhalt mit einem größeren Nebenraum von 15,80 qm und einem kleineren von 2,35 qm, sowie einem im Kellergeschoß unter dem Gewölbe befindlichen Lagerraum von 21,70 qm,
3) das an derselben Straße gelegene **Verkaufsgewölbe C** von 32,10 qm Flächengehalt (ohne Nebenraum) mit dem darunter im Kellergeschoß befindlichen Lagerraum von 21,70 qm,
4) das an der Ecke der Brüder- und Kurprinzstraße gelegene **Verkaufsgewölbe D** von 56,30 qm Flächengehalt (ohne Nebenraum) mit dem darunter im Kellergeschoß befindlichen Lagerraum von 45,50 qm

sofort auf sechs Jahre zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 21. März 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die Stellung des
Betriebsinspectors
der zweiten städtischen Gasanstalt, welche durch die Berufung des bisherigen Inhabers zum Director der städtischen Gasanstalt in Plauen i. V. freigeworden ist, sowie die Stellung des
Betriebsinspectors
der ersten städtischen Gasanstalt, welche durch die Ernennung des bisherigen Inhabers zum Director der Gasanstalt in Erfurt zum 1. Juli d. J. frei wird, sollen möglichst bald besetzt werden.

Die beiden städtischen Gasanstalten stehen unter der Leitung eines Directors.

Jede der beiden städtischen Gasanstalten ist zur Zeit auf eine Leistung von rund 50 000 cbm Gas in den Tagen des größten Verbrauchs ausgebaut.

Beide Stellungen sind pensionsberechtigt und mit einem Anfangseinkommen von 4200 ℳ ausgestattet, von welchem 3600 ℳ als Gehalt gezählt und 600 ℳ auf die Wohnung, Heizung und Beleuchtung gerechnet werden.

Erhöhungen des Gehaltes um je 275 ℳ in den Zeiträumen von 4 zu 4 Jahren bis zum höchsten Einkommen von 5575 ℳ sind regulativmäßig festgestellt.

Außerdem ist eine Erhöhung des Anfangsgehaltes und überhaupt des Einkommens dieser Stellungen zur Zeit in unserer Berathung, doch kann eine bindende Zusage hierüber nicht ertheilt werden.

Bewährte Fachleute, welche bereits in gleicher oder ähnlicher Stellung in einer größeren Gasanstalt thätig gewesen sind, wollen ihre Bewerbungen
bis zum 30. April d. J.
unter Beifügung von Abschriften der Zeugnisse und eines kurzgefaßten Lebenslaufes an den Director der städtischen Gasanstalten, Herrn Wunder, Leipzig-Connewitz, einsenden.

Leipzig, am 28. März 1892.
Die Deputation
des Rathes der Stadt Leipzig zu den Gasanstalten.

Erstattete Anzeige zufolge ist das für Ida Margarethe Jäckel aus Torgau von der Polizeibehörde daselbst unterm 11. Mai 1889 ausgestellte Dienstbuch verloren gegangen.

Im Auffindungsfalle ist dasselbe anher abzuliefern.

Leipzig, am 26. März 1892.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 1761. Breitschneider. Jäh.

Abbruch-Versteigerung.

Die sämmtlichen Baulichkeiten der drei, der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücke am Schleußiger Wege Nr. 17, 18 und 19 in Leipzig-Kleinzschocher sollen im Ganzen **auf Abbruch** an den Meistbietenden verkauft werden.

Die Versteigerung findet
Sonnabend, den 2. April 1892, Vormittags 11 Uhr
im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße 1, II. Obergeschoß, statt, dieselbe wird pünctlich begonnen und geschlossen, sobald weitere Gebote nicht erfolgen. Die Auswahl unter den Bietern, sowie jede sonstige Entschließung bleibt vorbehalten. Die Versteigerungs- und Abbruchsbedingungen, sowie der Lageplan liegen in unserem Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 7 aus; auch werden die genannten Baulichkeiten am 30. und 31. dieses Monats, Vormittags von 10 bis 12 Uhr zur inneren Besichtigung geöffnet sein.

Leipzig, am 24. März 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic. 1372. Dr. Trändlin. Rüting.

Die Pädagogische Central-Bibliothek (Comenius-Stiftung)

bleibt im Monat April wegen Revision geschlossen.

Die Herren Studirenden werden um Rückgabe der entliehenen Bücher gebeten.

Die Verwaltung.

Die Erklärung des Grafen Eulenburg und die neue Lage.

Seit Montag ist eine unerwartete Klärung der Lage eingetreten, welche gestattet, der Zukunft hoffnungsvoller und mit größerem Vertrauen entgegen zu sehen, als seit längerer Zeit. Graf Eulenburg gab in beiden Häusern des preußischen Landtages eine Erklärung ab, welche dem neuen Verhältniß des Reichskanzlers zum Reiche und zu Preußen und der Stellung der preußischen Regierung zur Frage des Volksschulgesetzentwurfs gewidmet war. In der ersten Beziehung sind die Worte des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, daß die einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und das bisherige gegenseitige Verhältniß des Reiches und Preußens nicht beeinträchtigt werden, mit Genugthuung zu begrüßen, weil sie zeigen, in welchem Geiste Graf Eulenburg seine Aufgabe erfaßt. Faßt noch größere Zustimmung haben aber seine Worte erregt, welche sich auf das Volksschulgesetz beziehen. Er hat dann ausdrücklich zugestanden, daß die Erörterungen über den Entwurf des Gesetzes im preußischen Abgeordnetenhause und im Lande scharfe Gegensätze hervorgerufen haben, welche sich bisher unvermittelt gegenüberstehen. Auch die Commissions-Verhandlungen hätten die Aussicht auf eine Verständigung nicht eröffnet. Unter diesen Umständen verzichte die Regierung auf die Fortsetzung der Berathung und behalte sich weitere Erwägungen vor, wenn und in welcher Weise innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens auf den Gegenstand zurückzukommen sein werde.

Im Abgeordnetenhause wurde der zweite Theil der Erklärung des Ministerpräsidenten von den Deutschconservativen und dem Centrum mit ebenso entschiedenen Mißfallens-Bezeigungen aufgenommen wie durch Beifall auf der linken Seite des Hauses, auf eine Erörterung der Erklärung einzugehen, verbot die Geschäftsordnung des Hauses. Dagegen erfolgte eine solche im Herrenhause, und eine ganze Reihe von Mitgliedern des Hauses, Frhr. v. Durant, v. Kleist-Retzow, die Oberbürgermeister Zweigert und Bötticher, Fürst v. Hatzfeldt-Trachenberg, Graf v. v. Schulenburg-Bertendorf haben sich zur Sache geäußert und je nach ihrer Parteistellung sich für oder gegen die Zurückziehung des Volksschulgesetzentwurfs erklärt. Wie nicht anders zu erwarten, vertrat Herr v. Kleist-Retzow den gegnerischen Standpunct am schroffsten, während Fürst Hatzfeldt die freiconservativen Anschauungen vertheidigte und erklärte, daß er und seine Parteigenossen den Tag der Einbringung des Gesetzentwurfs von Anfang an als einen dies nefastus (als einen unheilvollen Tag) betrachtet haben. Interessanter als die Kundgebungen aus dem Hause war aber die Erwiderung des Cultusministers Bosse, welcher damit zugleich sein Programm als Minister formulirte. Er hielt den christlich-confessionellen Boden als durch die Verfassung gegeben, dieser werde deshalb für jedes Unterrichtsgesetz derselbe bleiben. Herr Bosse nahm auch seinen Anstand, zu erklären, daß er auf dem Boden des christlich-positiven Bekenntnisses stehe, daß es ihm aber fern liege, dies ohne Noth hervorzuheben. Er schäme sich dieses Bekenntnisses nicht, um so weniger, als er tief davon durchdrungen sei, daß damit Unduldsamkeit und Fanatismus nicht verbunden sein müssen.

Hierdurch ist die Linie bezeichnet, auf welcher sich die Thätigkeit des neuen Cultusministers bewegen wird, es ist etwa die gleiche Anschauung, welcher wir in freiconservativen Kreisen begegnen, auch dort hält man die confessionelle Volksschule für nothwendig, aber ohne Vordringlichkeit des religiösen Bekenntnisses. Das ist ein Boden, auf welchem man unter Berücksichtigung der bestehenden Simultan-Verhältnisse zu einer Verständigung gelangen kann und welcher dennoch so geartet ist, daß auch die Deutsch-Conservativen und das Centrum sich damit abfinden können, wenn er ihnen auch nicht volle Befriedigung gewährt. Die Erklärung des Grafen Eulenburg hat auf diese beiden Parteien einen Eindruck gemacht, wie er bei Erklärungen vom Ministertische aus in Preußen kaum jemals beobachtet worden ist. Lachen, Zischen und Oho-Rufe wurden in diesen Theilen des preußischen Abgeordnetenhauses sonst gewöhnlich nur den Reden der Opposition zugewendet, die Regierung pflegte man rücksichtsvoller zu behandeln. Jetzt ist das anders geworden, nachdem die Herren die Erfahrung gemacht haben, daß man ihre Macht nicht stärken, sondern vor allen Dingen den Kern des Volkes zufrieden stellen will. Die Verbindung zwischen Großgrundbesitz und Geistlichkeit hat sich bisher noch stets als ein bewährtes Mittel zur Hemmung jeder gedeihlichen Entwickelung erwiesen, man hoffte darauf auch in Zukunft rechnen zu können, aber man hat sich darin getäuscht.

Was die Frage der Vereinigung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Hand betrifft, so hat dieselbe durch die Erklärung des Grafen Eulenburg eine andere Gestalt erhalten, und außerdem liegt eine Aeußerung der „Hamburger Nachrichten" vor, welche erkennen läßt, daß Fürst Bismarck die Sache heute selbst in anderem Sinne auffaßt als früher. Es geht daraus hervor, daß die persönlichen Verhältnisse, unter welchen die Trennung beider Aemter im Jahre 1873 geschehen ist, die Hauptschuld an dem Mißlingen des Versuches tragen, nicht sachliche Gründe. Die Reibungen hatten ihre Wurzel innerhalb des preußischen Ministeriums, dessen Mitglieder sich mit dem Vorsitzenden Grafen Roon nicht vertrugen. Das Blatt sagt, offenbar von Bismarck beeinflußt: „Wenn man sich ein preußisches Ministerium denkt, das übereinstimmt und durch persönliches Wohlwollen unter sich verbunden ist, so halten wir den Beweis, daß die Trennung der Reichskanzlerschaft von dem preußischen Ministerpräsidium unthunlich sei, für noch nicht geführt und müssen der Erfahrung, die darüber bevorsteht, die Entscheidung des Streites anheimgeben". Und die „Hamburger Nachrichten" halten die Persönlichkeit des Grafen Eulenburg für ganz besonders geeignet, den wünschenswerthen Einklang innerhalb des preußischen Ministeriums durch seine angenehmen gesellschaftlichen Formen herbeizuführen. Daß ein solches Verhältniß der preußischen Minister zu ihrem Vorsitzenden die Einigkeit zwischen der Leitung der Geschäfte des Reiches und Preußens wesentlich fördert, ist unzweifelhaft, aber die „Hamburger Nachrichten" haben noch einen andern Grund in Bereitschaft für die Möglichkeit der Trennung beider Aemter in der Gegenwart, und dieser besteht darin, daß Kaiser Wilhelm II. sein eigener Kanzler ist, der ein politisches Auseinandergehen des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten nicht dulden werde.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Bennigsen und Bismarck über diesen Punct ist damit ausgeglichen, denn wenn der deutsche Kaiser und König von Preußen zugleich die Grenzen der Thätigkeit des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten bestimmt, dann ist ja die persönliche Uebereinstimmung in der Verwaltung der beiden Geschäftskreise, welche Bennigsen für unumgänglich nothwendig hält, und wir mit ihm, erreicht. Die übermäßige Arbeitslast des Reichskanzlers erfährt dadurch eine Entlastung nach einer Seite hin, die bisher nicht mit in Ansatz gebracht war. Thatsächlich ist die Arbeitslast des Kaisers eine ganz außerordentliche, weil seine Initiative sich auf allen Gebieten der Regierungsthätigkeit geltend macht. Graf Eulenburg sagte in Erwiderung auf die Rede des Grafen Schulenburg-Bertendorf im Herrenhause: „Wir wissen in Preußen sehr wohl, daß der enge Zusammenhang zwischen dem Reiche und Preußen die nothwendige Grundbedingung für die Entwickelung des Vaterlandes ist, und wir werden nach Kräften dazu beitragen, daß das Wohl des Vaterlandes in Zukunft ebenso gefördert werde wie bisher". In diesen Worten ist die Zuversicht ausgedrückt, daß der Zusammenhang zwischen Preußen und dem Reiche auch unter den veränderten äußeren Umständen in gleicher Weise aufrecht erhalten werden wird wie das bisher geschehen ist. Nimmt man hinzu, was die „Hamburger Nachrichten" darüber gesagt haben, so kommt man zu dem Schlusse, daß durch die Neuregelung der Personalverhältnisse in Preußen und im Reiche nur die Form aber nicht der Inhalt verändert ist. In diesem Sinne kann man der Veränderung volle Zustimmung geben, aber diese Zustimmung hat die Eigenschaften der leitenden Personen zur Voraussetzung, die Einrichtungen selbst haben nicht die Wirkungen, welche sie von persönlichen Zufälligkeiten unabhängig machen. Das Amt des Reichskanzlers bedarf der Abänderung in der Richtung der Arbeitsentlastung und in dieser Beziehung bleiben die Forderungen Bennigsen's als berechtigt bestehen. *

Leipzig, 30. März.

* Das Gerücht, daß der Landwirthschaftsminister v. Heyden zurücktreten werde, findet nach der „Nat.-Ztg." namentlich im Zusammenhang mit der Erklärung der Regierung bei der Zurückziehung des Schulgesetzentwurfes und im Hinblick auf die gereizte Aufnahme derselben durch die conservative Partei, aus welcher Herr v. Heyden hervorgegangen ist, Glauben. Was Herrn v. Boetticher betrifft, so machte sein Auftreten in der Montags-Sitzung des Reichstages durchaus nicht den Eindruck, als ob er amtsmüde wäre. Die „Freis. Ztg." stellt den Anlaß zu dem auch von uns erwähnten Gerüchte wie folgt dar: „Staatssecretair v. Boetticher hatte, wie zuverlässig verlautet, aus Anlaß der jüngsten Ereignisse sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Es soll in der That eine Zeit lang zweifelhaft gewesen sein, ob Herr v. Boetticher nicht das erledigte Oberpräsidium Cassel erhalten würde. Indessen ist die Angelegenheit an diesem Montag dahin entschieden worden, daß Herr v. Boetticher in seiner Stellung verbleibt."

* Die „Hamburger Nachrichten" schreiben Eingangs eines größeren Artikels das Folgende:

Der „Hamburger Corr." meint, es hätte sich bei der Beurtheilung, welche der Abschluß der Berliner Ministerkrisis im Auslande gefunden habe, herausgestellt, daß von den verbündeten und befreundeten Mächten Deutschlands das Verbleiben des Grafen Caprivi als Reichskanzler mit Genugthuung begrüßt werde, da sich derselbe in der kurzen Zeit seiner Amtsführung ihr volles Vertrauen erworben habe. Aehnlichen Auffassungen sind wir in der übrigen Presse und auch im Parlamente begegnet und wir halten sie auch nicht für unbegründet, wenn wir die Vortheile ins Auge fassen, welche die betreffenden Staaten von Deutschland während der Reichskanzlerschaft Caprivi's gezogen haben. Insbesondere bezweifeln wir nicht, daß die Concessionen, die England in Afrika, Oesterreich und Italien durch die Handelsverträge gemacht worden sind, die Sympathien der Regierungen dieser Länder dem Grafen Caprivi gewonnen haben, und daß man in London, wie in Wien und in Rom nach den bisherigen Ergebnissen das Verbleiben des Grafen Caprivi im Reichskanzler-Amte nur wünschen kann. Ob es aber im Interesse des Deutschen Reiches liegt, die während der letzten zwei Jahre angewandten Mittel zur Erhaltung des Vertrauens des Auslandes weiter zu benutzen, ist eine andere Frage.

* Der dänische Folkething hat das Budget für das am 1. April beginnende nächste Finanzjahr nicht erledigt, die militairischen Ausgaben nicht bewilligt, und so wird denn das achte Provisorium eintreten. Jedenfalls wird am gleichen Tage der Folkething aufgelöst, und es sollen die Neuwahlen sofort ausgeschrieben werden, für welche alle Parteien bereits Anstrengungen machen. Die zu Ende gehende Tagung des dänischen Parlaments war im Vergleich zu den früheren Sessionen unter Estrup'scher Regierung keine unfruchtbare; es sind wenigstens einige Vorlagen angenommen worden. Die Verbindung der Rechten mit der „moderaten" Linken konnte aber doch nicht die Annahme eines regelrechten Finanzgesetzes ermöglichen. Ein solches Vertrauen hat sich das Ministerium nicht erworben, und die Neuwahlen dürften den Beweis erbringen, daß die Opposition mindestens in gleicher Stärke wiederkehrt.

* Der französische Minister des Auswärtigen **Ribot** empfing gestern Vormittag den deutschen Botschafter **Grafen Münster** vor dessen Abreise nach Deutschland.

* Wie aus **Paris** gemeldet wird, beschäftigte sich der gestrige **Ministerrath** mit dem **Dynamitattentate** in der Rue Clichy. Nach dem Ministerrathe conferirte der Ministerpräsident Loubet mit dem Justizminister, mehreren Justizbeamten und dem Polizeipräfecten. Man glaubt, daß sehr wichtige Beschlüsse gefaßt worden sind. Man ist überzeugt, daß Ravachol der Urheber des Attentats auf dem Boulevard St. Germain und in der Rue Clichy ist. Die Polizei ist auf seiner Spur. Die meisten seiner Complicen sind bereits verhaftet.

* Nach einem Berichte aus **Konstantinopel** macht die Beruhigung des **Yemen** unter dem thatkräftigen Commando **Ahmed Fehzi Pascha** zwar erfreuliche Fortschritte, an einzelnen Puncten des Landes jedoch gebe die Insurrection den türkischen Truppen, die in ausreichender Anzahl am Ort und Stelle geschickt wurden, neuerdings zu schaffen, so daß immerhin noch einige Wochen vergehen dürften, bevor in der genannten Provinz die volle Autorität der türkischen Behörden überall wieder hergestellt sein wird.

* Der „Reichsanzeiger" meldet: Der **Präsident der Vereinigten Staaten** hat wie in den vorhergehenden Jahren eine **Proclamation** erlassen, in welcher Jedermann gewarnt wird, sich zum Zwecke des Fanges von Seehunden und Robben im Behringsmeer innerhalb des Hoheitsgebiets der Vereinigten Staaten zu begeben.

* Ein in **Paris** eingegangenes amtliches Telegramm aus **Porto Novo** berichtet: Während einer Recognoscirung auf dem Whemeflusse wurde ein Kanonenboot, auf dem sich der Stellvertreter des Gouverneurs der Südküste Truppen-Commandant **Paul Load** befand, ohne jedweden Anlaß durch eine Schaar Dahomeyer mit Flintenschüssen angegriffen.

Aus dem preußischen Landtag.

* Wir haben auch einmal Veranlassung, über eine Verhandlung im **preußischen Herrenhaus** ausführlicher zu berichten. Bei der Verhandlung am Montag fand in diesem Hause folgende interessante Debatte statt.

v. **Kleist-Retzow:** Ich war bei Beginn der Sitzung nicht anwesend; man hat mir mitgetheilt, daß der Ministerpräsident auf das Volksschulgesetz verzichtet habe, weil im andern Hause keine Verständigung über dasselbe zu erzielen gewesen wäre. Wir sind von dieser Erklärung auf das Merkwürdigste überrascht, denn eine Verständigung über die Vorlage wäre in der Commission sowohl wie im Hause erzielt worden, und wenn das Gesetz veröffentlicht worden wäre, so hätte sich die Beunruhigung bald gelegt. Denn nur durch eine solche Vorlage könnte Ruhe und Friede im Lande geschaffen werden.

v. **Manteuffel:** Eine Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz ist seitens des Herrn Reichskanzlers in Aussicht gestellt worden; auf eine Anfrage hat Herr von Boetticher noch vor Kurzem im Reichstage erklärt, daß die Novelle dem Bundesrathe zugegangen sei. Es wird aber in der kurzen Zeit, welche der Reichstag noch zusammen sein dürfte, nicht mehr möglich sein, eine solche Vorlage zu berathen. Dieselbe dürfte daher auf ein Jahr verschoben sein, und ich möchte die preußische Regierung bitten, dieser Vorlage ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Redner empfiehlt die Aenderung des Gesetzes dahin, daß die Zeit zur Erwerbung eines selbstständigen Unterstützungswohnsitzes früher als mit dem 24. Lebensjahre beginnt. Die Gemeinden, in denen die Leute unterstützungsbedürftig werden, sollten auch die Unterstützung übernehmen. Freilich werde man nicht umhin können, an der Freizügigkeit zu rütteln. Die Entrüstung gegen einen solchen Gedanken habe ich, als ich die Sache anregte, gar nicht merken können. Ein Mittel gegen die übermäßige Freizügigkeit wäre die Vorschrift, daß jeder neu Ziehende nachweisen muß, daß er eine gesunde und ausreichende Wohnung hat. Die Processe in den letzten Zeiten haben bewiesen, welche Mißstände in Berlin und in den anderen Großstädten vorhanden sind. Ein weiteres Mittel wäre die Wiedereinführung des Einzugsgeldes vielleicht in der Form einer Caution, die beim Abzug wieder ausgezahlt wird, wenn die Leute die Armenpflege nicht in Anspruch genommen haben. Den Städten müßte doch allmälig Angst werden bei dem großen Zuzug, namentlich nach den letzten Vorgängen in Berlin. Die „Voss. Ztg." sagt, daß die Leute trotz ihrer Arbeitslosigkeit in Berlin bleiben und trotz guter Löhne keine Arbeit auf dem Lande annehmen. Deshalb muß den Städten ein Schutz gewährt werden; man soll es nicht in ihr Belieben stellen, ein Einzugsgeld einzuführen, sondern das müßte durch Gesetz zwangsweise geschehen. Wenn unsere Eisenbahntarife sich den Zonentarifen nähern, dann wird die Auswanderung aus dem Osten nach dem Westen zunehmen. Ich möchte daher dringend vor dem Zonentarif warnen. Es ist eigentlich ein Widerspruch in sich selbst, daß man erst nach dem 24. Jahre einen selbstständigen Unterstützungswohnsitz erwerben, aber von frühester Jugend an beliebig umherziehen kann. Mindestens müßte man jungen Leuten bis zum 18. Jahre die freie Bewegung nehmen; denn gerade in diesen Jahren vor dem Eintritt in die Armee wird die böse Saat der Socialdemokratie den Gemüthern eingeflanzt. Deshalb sind die Socialdemokraten so hingebungsvoll in Bezug auf die Armee.

Graf **Klinkowström** spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Regierung den Wünschen des Ostens, betreffend die Zulassung russischer Arbeiter, entgegengekommen sei. Wir haben bei der Arbeitslosigkeit im Westen den Versuch gemacht, die Arbeiter nach dem Osten zurückzuführen; die Agenten haben ermittelt, daß die jungen Leute fast sämmtlich der Socialdemokratie anheimgefallen, also für uns unbrauchbar sind. Die älteren verheiratheten Leute erklärten, daß sie sich trotz der höheren Löhne im Westen schlechter ständen, daß sie alle Entbehrnisse aufgezehrt haben. Es sind einige Familien durch Contracte zurückgeführt worden. Ich möchte den Minister bitten, für diese zurückkehrenden Personen die Eisenbahntarife herabzusetzen. Gerade in der jetzigen Zeit wäre eine Reform der Fortzügigkeit nothwendig, auch im Interesse der Arbeiter. Die Socialdemokratie hat seit der Aufhebung des Socialistengesetzes nicht abgenommen, sie hat sogar gesunde Organe ergriffen, nämlich das Land. Bei den Reichstagswahlen hätten die Genossen das Land überschwemmt und die Arbeiterbevölkerung unzufrieden gemacht. Gesetzliche Mittel zum Schutze dagegen haben wir nicht. Die Socialdemokraten betreiben die Agitation auf dem Lande systematisch. Da die Landleute königstreu und fromm sind, so müßten der König und die Religion aus dem Spiele bleiben; es müsse gegen die Gutsbesitzer gehetzt werden. Das seien keine politischen Vereinsmänner, die solche Hetzereien ge-

SLUB
Wir führen Wissen.